

Beschlussempfehlung

Hannover, den 28.10.2020

Ausschuss für Umwelt, Energie, Bauen und Klimaschutz

Sektorenkopplung fördern - marktwirtschaftliche Instrumente nutzen

Antrag der Fraktion der FDP - Drs. 18/2027

(Es ist keine Berichterstattung vorgesehen.)

Der Ausschuss für Umwelt, Energie, Bauen und Klimaschutz empfiehlt dem Landtag, den Antrag in folgender Fassung anzunehmen:

Entschließung

Sektorenkopplung fördern - Energie- und Technologiestandort Niedersachsen stärken

Um Strom aus erneuerbaren Energien in die gesamte Energieversorgung zu integrieren, ist der planvolle Ausbau der Stromnetze mit Priorität zu verfolgen. Für eine erfolgreiche Energiewende sind weitergehende Instrumente zur Sektorenkopplung erforderlich, mit denen Strom aus erneuerbaren Energien verstärkt sektorübergreifend genutzt werden kann und gleichzeitig wichtige Flexibilitätsoptionen zum Ausgleich der dargebotsabhängigen Verfügbarkeit erneuerbarer Energien erschlossen werden können. Unter Berücksichtigung effizienter Speicher und der Möglichkeiten, welche die Wasserstofftechnologie schaffen wird, kann Niedersachsen zu einem wesentlichen Energiespeicher Europas zu werden.

Durch die netzdienliche Kopplung der Sektoren und die Umwandlung des Stroms aus erneuerbaren Energien in andere Energieträger oder Produkte („Power to x“) kann die regenerative Stromerzeugung auch in den Phasen effizient genutzt werden, in denen die Erzeugung die verfügbaren Netzkapazitäten übersteigt. Solche Phasen wird es - in geringerem Umfang und lokal begrenzt - auch nach Vollendung der heute absehbaren und volkswirtschaftlich sinnvollen Netzausbauprojekte geben. Bereits heute gibt es vielversprechende Ansätze zur Umwandlung von regenerativ erzeugtem Strom z. B. in grüne Gase, Kraftstoffe, Wärme, was wirksam zur Umsetzung der Klimaschutzziele in den entsprechenden Sektoren beitragen kann. Zahlreiche innovative und zukunftsweisende Projekte zur Sektorenkopplung wurden bereits von privaten Initiatoren auf den Weg gebracht. Ein Hemmnis stellt oftmals zugleich der derzeitige regulatorische und gesetzliche Rahmen dar, der das Thema Sektorenkopplung noch nicht ausreichend berücksichtigt.

Wie für alle energiepolitischen Maßnahmen gilt auch bei der Förderung von Projekten zur Sektorenkopplung das Ziel, die Energieversorgung insgesamt versorgungssicher, umweltverträglich und kostengünstig auszugestalten. Die Vorteile der Sektorenkopplung für die Versorgungssicherheit und den Wirtschaftsstandort Deutschland sowie die Potenziale zur Treibhausgasreduktion sind dabei unbestritten.

Die Sektorenkopplung bietet gerade für das Energie- und Industrieland Niedersachsen enorme wirtschaftliche Chancen. In Niedersachsen bieten sich zudem beste Voraussetzungen, um Anwendungen der Sektorenkopplung wie z. B. eine Wasserstoffwirtschaft auf Basis erneuerbarer Energien im großen Maßstab aufbauen und erproben zu können. So beträgt der bilanzielle Anteil der erneuerbaren Energien am Bruttostromverbrauch in Niedersachsen bereits rund 90 %. Zudem gibt es in Niedersachsen und der Nordsee noch große Potenziale für einen effizienten Ausbau der erneuerbaren Energien. Niedersachsen verfügt darüber hinaus über eine gut ausgebaute Gasinfrastruktur mit großen Gasspeicherkapazitäten, die über die Sektorenkopplung verstärkt in die Energiewende eingebunden und so auch zu einem wichtigen Stützpfeiler für eine auf erneuerbaren Energien basierende Energieversorgung werden kann.

Durch die direkte Nutzung von Strom für Mobilität, durch weitere Elektrifizierung von Bahnstrecken und zunehmende Elektromobilität sowie durch den Einsatz synthetischer Kraftstoffe, die nachhaltig mithilfe von Strom aus erneuerbaren Energien hergestellt werden, wie beispielsweise grünem Methan, grünem Methanol, synthetischem Kerosin oder Wasserstoff, besteht ein erhebliches Potenzial zur Senkung der Treibhausgasemissionen, das zugleich Chancen für Innovationen und Arbeitsplätze in Niedersachsen bietet.

Der Landtag begrüßt

- die niedersächsische Bundesratsinitiative für den umfassenden Aufbau einer Wasserstoffwirtschaft auf Basis erneuerbarer Energien,
- dass die Landesregierung die Nutzung von Wärmepumpen in niedersächsischen Quartieren im Sinne der Sektorenkopplung gezielt unterstützt,
- die Begleitung der niedersächsischen Automobilwirtschaft beim Strukturwandel durch die Landesregierung im Rahmen des Strategiedialogs Automobilwirtschaft,
- dass sich im Rahmen der von der Landesregierung eingerichteten Regierungskommission „Nachhaltige Umweltpolitik und digitaler Wandel“ ein fach- und ressortübergreifendes Expertengremium mit der Identifizierung von Hemmnissen der Sektorenkopplung befasst und Lösungsansätze entwickelt.

Der Landtag bittet die Landesregierung,

1. auf Bundesebene für eine Umsetzung der im Rahmen der Regierungskommission erarbeiteten Lösungsansätze zu werben,
2. sich auf Bundesebene weiterhin dafür einzusetzen, dass Hindernisse für die Sektorenkopplung wie die hohe Belastung des Strompreises mit staatlich induzierten Preisbestandteilen abgebaut werden und - bis zu einem Abbau dieses Hemmnisses - die netzdienliche Nutzung von Grünstrom in Sektorenkopplungstechnologien, wie insbesondere Plasma- und Elektrolyseuren, von der EEG-Umlage befreit und durch Investitionsförderungen unterstützt wird,
3. sich auf Bundesebene für den Aufbau einer Wasserstoffwirtschaft auf Basis erneuerbarer Energien einzusetzen und geeignete Pilot- und Demonstrationsvorhaben in Niedersachsen zu unterstützen und hierbei insbesondere die niedersächsischen Reallabore zu begleiten,
4. sich auf Bundesebene weiterhin für einen Ausbau der Elektromobilität und der Ladeinfrastruktur sowie einen Einstieg in die industrielle Produktion von synthetischen Kraftstoffen mithilfe erneuerbarer Energien einzusetzen,
5. den Netzausbau konsequent fortzuführen und sich auf Bundesebene weiterhin dafür einzusetzen, dass das „Netzausbaugebiet“ unverzüglich abgeschafft wird und in Norddeutschland künftig als Netzinnovationsgebiet netzbezogene Innovationen wie die netzdienliche Nutzung von Elektrolyseuren zur Kopplung der Strom- und Gasinfrastrukturen eingesetzt werden können,
6. sich auf Bundesebene für den zügigen Ausbau intelligenter Verteilnetze (smart grids) einzusetzen, die u. a. ein netzdienliches Laden von Elektrofahrzeugen ermöglichen.

Axel Miesner
Vorsitzender